

Informeller Rat der Bildungsminister: Neue Impulse für berufliche Aus- und Weiterbildung in Europa

18.09.2020 | Berichterstattung weltweit

Die EU steuert dagegen, dass die Corona-Krise eine neue „Lost Generation“ hervorbringen könnte. Bereits jetzt sind 17 Prozent der unter 25-Jährigen arbeitslos – Tendenz steigend. Fast 8 Prozent der Arbeitsplätze in Europa - rund 12 Millionen - werden allein in diesem Jahr voraussichtlich verloren gehen.

Auf einem informellen Treffen des EU-Bildungsrats vom 16.-17. September in Osnabrück haben sich Nicolas Schmit, Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, Mariya Gabriel, EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, und Anja Karliczek, Bundesministerin für Bildung und Forschung, zusammen mit den Bildungsministerinnen und Bildungsministern der Europäischen Union über die Auswirkungen von COVID-19 auf die allgemeine und berufliche Bildung und über die europäische Initiative für berufliche Bildung, die Agenda für Kompetenzen und Qualifikationen, ausgetauscht.

Auch die "Osnabrücker Erklärung" für eine innovative, leistungsstarke und zukunftssichere Berufsbildung stand auf der Agenda. Ziel der Erklärung ist es, die berufliche Bildung fit für die laufende Dekade zu machen, damit sie junge Menschen und Erwachsene auf die Arbeitsplätze der Zukunft vorbereitet. Bundesbildungsministerin Karliczek hatte den Entwurf für die „Osnabrücker Erklärung“ in das Treffen eingebracht. Sie strebt an, die Erklärung beim Bildungsministerrat im November gemeinsam mit ihren Amtskolleginnen und -kollegen unterzeichnen können.

Sozialkommissar Schmit sagte auf der abschließenden Pressekonferenz:

„Wir müssen ernst machen, wenn es um die Umschulung und Höherqualifizierung von Erwachsenen geht. Europa muss lebenslanges Lernen einführen, und zwar schnell. Bei der Zusammenarbeit in der Berufsbildung sind bereits viele Fortschritte erzielt worden. Aber die Coronavirus-Pandemie ist eine Warnung, dass das Reformtempo nicht schnell genug war. Jetzt haben sich Veränderungen, die über Jahrzehnte vorhergesagt wurden, innerhalb weniger Wochen vollzogen.“

Die Krise zeigt uns auch eine andere Verwundbarkeit. Wir riskieren, dass in Europa weniger Lehrstellen zur Verfügung stehen. Das wäre vor allem für viele junge Menschen, die bereits jetzt sehr unter den sozioökonomischen Folgen leiden, nachteilig. Aus diesem Grund sieht das Programm der Kommission zur Unterstützung der Jugendbeschäftigung (das "YES"-Programm) die Finanzierung von Unternehmen vor, die weiterhin Lehrstellen anbieten. Wir stehen jetzt an einem Scheideweg. Wir sollten die Krise als Chance für mutiges politisches Handeln begreifen. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission Anfang Juli eine Qualifikationsagenda vorgeschlagen, die von einem Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur beruflichen Bildung begleitet wird. Sie liefern die Blaupausen für Reformen in diesem wichtigen Bereich.

Die Kommission hat im Rahmen des Europäischen Aufbauplans und des nächsten langfristigen EU-Haushalts eine noch nie dagewesene Menge an Finanzmitteln für die Berufsbildung und Qualifikationen zur Verfügung gestellt. Ich fordere die Mitgliedstaaten eindringlich auf, diese Mittel sinnvoll einzusetzen: für die Umschulung und Höherqualifizierung unserer Arbeitskräfte, für die Förderung der Jugendbeschäftigung und für die Unterstützung der Schwächsten in unserer Gesellschaft. Natürlich werden die EU-Mittel nicht ausreichen. Wir brauchen öffentliche Mittel auf allen Ebenen, und es müssen auch private Investitionen mobilisiert werden. Dies ist eine einzigartige Gelegenheit, unsere Zukunft aufzubauen. Es ist jetzt an der Zeit, in Fähigkeiten zu investieren, und ich danke der deutschen Präsidentschaft, dass sie dieses Thema zu einer Priorität gemacht hat.“

Mariya Gabriel kündigte für den 30. September einen Vorschlag der Kommission über den neuen Rahmen für den Europäischen Bildungsraum 2025 und für den 10. Dezember einen europäischen Bildungsgipfel an.

Sie sagte:

„Es liegt in unserer Verantwortung, dass die Schüler von heute durch die Pandemie nicht zu einer verlorenen Generation werden, sondern zur ersten Generation, die von neuen Ansätzen in der allgemeinen und beruflichen Bildung profitiert. Es ist die Qualität und Inklusivität der Bildung, die uns Sorgen bereitet, insbesondere unter den Bedingungen von COVID-19. Es muss unbedingt dafür gesorgt werden, dass die gegenwärtige Krise die Lage der Schwächsten nicht verschlimmert. Auch digitale Fähigkeiten und Umweltbewusstsein müssen von allen geteilt werden. Im Hinblick auf die digitale Kompetenz wird die Kommission Ende September auch eine Aktualisierung des Aktionsplans zur digitalen Kompetenz vorschlagen. Dabei handelt es sich um ein ehrgeiziges Programm, das die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung ihrer Strategien zur digitalen Kompetenz nach der COVID-19-Krise unterstützen soll.“

Zum Nachlesen

- BMBF (17.09.20): [Karliczek: Berufsbildung in Europa attraktiv und zukunftsfähig gestalten](#)

Quelle: Europäische Kommission / BMBF

Redaktion: 18.09.2020 von Mirjam Buse, VDI Technologiezentrum GmbH

Länder / Organisationen: EU

Themen: Berufs- und Weiterbildung, Bildung und Hochschulen, Strategie und Rahmenbedingungen

[Zurück](#)

Weitere Informationen